

# Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung des Kulturräum Vogtland-Zwickau (ANBest-P-KRVZ) vom 4. März 2025

Diese Nebenbestimmungen treten gemäß § 1 Abs. 3 Buchstabe e der Förderrichtlinie des Kulturräum Vogtland-Zwickau vom 21. Dezember 2022 an Stelle der ANBest-P (Anlage 2 zur VwV zu § 44 SÄHO) der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226) in der jeweils geltenden Fassung.

Die ANBest-P-KRVZ enthalten Nebenbestimmungen (Bedingungen und Auflagen) im Sinne von § 36 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), in der jeweils geltenden Fassung sowie notwendige Erläuterungen und sind als Bestandteil des Zuwendungsbescheides verbindlich, soweit dort nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt wird.

Darüber hinaus wird an dieser Stelle auf die Grundsätze und Rechtsgrundlagen gemäß § 1 Abs. 3 a) bis d) der Förderrichtlinie des Kulturräum Vogtland-Zwickau vom 21. Dezember 2022 hingewiesen.

## Inhaltsübersicht:

Nummer 1	Anforderung und Verwendung der Zuwendung
Nummer 2	Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers
Nummer 3	Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung
Nummer 4	Vergabe von Aufträgen
Nummer 5	Zur Erfüllung des Zuwendungszwecks beschaffte Gegenstände
Nummer 6	Beachtung und Einhaltung des Sächsischen Reisekostengesetzes
Nummer 7	Publizitätspflicht (Fördervermerk)
Nummer 8	Nachweis der Verwendung
Nummer 9	Prüfung der Verwendung
Nummer 10	Erstattung der Zuwendung, Verzinsung

## 1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung

- 1.1 Die Zuwendung darf nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid bestimmten Zwecks verwendet werden. Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.
- 1.2 Alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (Zuwendungen, Leistungen Dritter, zweckgebundene Spenden und Sponsoring) und der Eigenanteil des Zuwendungsempfängers sind als Deckungsmittel für alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben einzusetzen.

Bei **Anteil- und Festbetragsfinanzierung** dürfen nachgewiesene zweckgebundene Spenden und Sponsoring zur Deckung des Eigenanteils verwendet werden. Soweit der Eigenanteil dadurch überschritten wird, reduziert sich die Zuwendung entsprechend.

Bei der **Fehlbedarfsfinanzierung** werden die zweckgebundenen Spenden und Sponsoring vollständig auf die Zuwendung angerechnet.

Der Finanzierungsplan (aufgegliederte Berechnung der mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben mit einer Übersicht über die beabsichtigte Finanzierung) ist hinsichtlich des Gesamtergebnisses verbindlich.

Im Übrigen sind Überschreitungen zulässig, wenn sie der Zuwendungsempfänger voll aus eigenen Mitteln trägt.

- 1.3 Dürfen aus der Zuwendung auch Personalausgaben oder sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden und werden die Gesamtausgaben des Zuwendungsempfängers überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand bestritten, darf der Zuwendungsempfänger seine Beschäftigten finanziell nicht besserstellen als vergleichbare Kommunalbedienstete; höhere Entgelte als im jeweils gültigen Tarifvertrag festgelegt sowie sonstige über- und außertarifliche Leistungen dürfen nicht gewährt werden.

- 1.4 Die Zuwendung wird grundsätzlich erst nach Abschluss des Projektes ausgezahlt. Abschlags- sowie vorzeitige Auszahlungen werden nur geleistet, als sie für längstens innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung fällige Zahlungen benötigt werden. Bei der Abforderung jedes Teilbetrages muss der Mittelbedarf auf dem Auszahlungsantrag nachgewiesen werden. Im Übrigen dürfen die Zuwendungen wie folgt in Anspruch genommen werden:
  - 1.4.1 bei **Anteils-** oder **Festbetrags**finanzierung jeweils anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers.
  - 1.4.2 bei **Fehlbedarfs**finanzierung, wenn die vorgesehenen eigenen und sonstigen Mittel des Zuwendungsempfängers verbraucht sind. Wird ein im Zuwendungsjahr zu deckender Fehlbedarf anteilig durch mehrere Zuwendungsgeber finanziert, so darf die Zuwendung jeweils nur anteilig mit den Zuwendungen der anderen Zuwendungsgeber angefordert werden.
- 1.5. Zahlungen vor Empfang der Gegenleistung dürfen aus der Zuwendung nur vereinbart oder bewirkt werden, soweit dies allgemein üblich oder durch besondere Umstände gerechtfertigt ist.
- 1.6 Der Zuwendungsbescheid kann mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, wenn sich herausstellt, dass der Zuwendungszweck nicht zu erreichen ist.

## **2 Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers**

Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, dem Kulturraum Vogtland-Zwickau unverzüglich anzuzeigen, wenn

- 2.1 sich nach Vorlage des Finanzierungsplans eine Ermäßigung der zuwendungsfähigen Ausgaben um mehr als 10 vom Hundert oder mehr als 10.000 Euro ergibt; er ist ferner verpflichtet anzuzeigen, wenn er nach Vorlage des Finanzierungsplans – auch nach Vorlage des Verwendungsnachweises – weitere Zuwendungen bei anderen öffentlichen Stellen beantragt oder von ihnen erhält oder wenn er gegebenenfalls weitere Mittel von Dritten erhält,
- 2.2 der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen,
- 2.3 sich herausstellt, dass der Zuwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist,
- 2.4 die abgerufenen oder ausgezahlten Beträge nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung verbraucht werden können,
- 2.5 zu inventarisierende Gegenstände innerhalb der zeitlichen Bindung nicht mehr entsprechend dem Zuwendungszweck verwendet oder nicht mehr benötigt werden,
- 2.6 ein Insolvenzverfahren gegen ihn beantragt wird,
- 2.7 sich Angaben zum Zuwendungsempfänger (Anschrift, Unternehmens- bzw. Gesellschafterstruktur, Satzung, Registereintrag, Vorstand, Rechtsform etc.) ändern.

## **3 Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung**

- 3.1 Ermäßigen sich nach der Bewilligung die in dem Finanzierungsplan veranschlagten zuwendungsfähigen Ausgaben, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung
  - 3.1.1 bei **Anteil**finanzierung anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers,
  - 3.1.2 bei **Fehlbedarfs**finanzierung um den vollen in Betracht kommenden Betrag; wird derselbe Zuwendungszweck sowohl vom Kulturraum Vogtland-Zwickau als auch vom Freistaat Sachsen und/oder einem anderen Bundesland oder auch vom Bund gefördert, wird der Betrag im Verhältnis der von diesen Zuwendungsgebern gewährten Zuwendungen aufgeteilt.
- 3.2 Nummer 3.1 gilt (ausgenommen bei wiederkehrender Förderung desselben Zuwendungszweckes) nur, wenn sich die zuwendungsfähigen Ausgaben oder die Deckungsmittel um mehr als 500 Euro ändern.

#### **4 Vergabe von Aufträgen**

Aufträge sind nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu vergeben. Ab einer Zuwendung von 100.000 Euro hat der Zuwendungsempfänger bei Aufträgen über 5.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) grundsätzlich drei vergleichbare Angebote einzuholen und den Auftrag an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Bei investiver Projektförderung sind die jeweils geltenden bau- und vergaberechtlichen Vorschriften einzuhalten.

#### **5 Zur Erfüllung des Zuwendungszwecks beschaffte Gegenstände**

5.1 Gegenstände, die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erworben oder hergestellt werden, sind für den Zuwendungszweck zu verwenden und sorgfältig zu behandeln. Der Zuwendungsempfänger darf über sie vor Ablauf der im Zuwendungsbescheid festgelegten zeitlichen Bindung nicht anderweitig verfügen.

5.2 Der Zuwendungsempfänger hat die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks beschafften Gegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungswert 800 Euro (ohne Umsatzsteuer) übersteigt, zu inventarisieren. Soweit aus besonderen Gründen der Kulturraum Vogtland-Zwickau Eigentümer ist oder wird, sind die Gegenstände in dem Inventar besonders zu kennzeichnen.

#### **6 Beachtung und Einhaltung des Sächsischen Reisekostengesetzes**

Der Zuwendungsempfänger darf sich, seine Bediensteten, seine Auftragnehmer, seine Gäste und sonstige Personen, deren Reisekosten er ganz oder teilweise finanziert, nicht besserstellen als vergleichbare Kommunalbedienstete. Der Zuwendungsempfänger ist deshalb verpflichtet, bei der Finanzierung und Abrechnung von Fahrt-, Reise-, Übernachtungskosten und Verpflegungsaufwendungen die Vorschriften des Sächsischen Reisekostengesetzes (SächsRKG) in der Fassung vom 12. Dezember 2008, SächsGVBl. S. 866, 876 und die dazu ergangenen Verordnungen und Verwaltungsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung, einzuhalten. Mehr als nach dem SächsRKG zulässige Beträge dürfen nicht gezahlt werden.

#### **7 Publizitätspflicht (Fördervermerk)**

Auf die Förderung des Kulturraumes Vogtland-Zwickau ist in Publikationen, Presseinformationen und Materialien (Bsp.: Bücher, Broschüren, Eintrittskarten, Programme, Internetauftritte) mit dem Passus „**Gefördert durch den Kulturraum Vogtland-Zwickau**“ öffentlich hinzuweisen. Dabei ist das Logo des Kulturraumes Vogtland-Zwickau (Download unter [www.kulturraum-vogtland-zwickau.de](http://www.kulturraum-vogtland-zwickau.de)) zu verwenden. Kommt der Zuwendungsempfänger seiner Informationspflicht nicht nach, wird diesem Gelegenheit gegeben, das Versäumnis innerhalb von einer Frist von 8 Wochen nachzuholen. Kommt er auch in dieser Frist seiner Informationspflicht nicht nach, können Rückforderungen seitens des Kulturraumes Vogtland-Zwickau von mindestens 5 Prozent und höchstens 15 Prozent der eingesetzten Kulturraummittel geltend gemacht werden. Anderweitige Regelungen über die Erstattung von Fördermitteln bleiben hiervon unberührt.

#### **8 Nachweis der Verwendung**

8.1 Die Verwendung der Zuwendung ist innerhalb von zwei Monaten nach Erfüllung des Zuwendungszwecks, spätestens jedoch mit Ablauf des zweiten auf den Bewilligungszeitraum folgenden Monats, der Bewilligungsbehörde nachzuweisen (Verwendungsnachweis).

Dabei ist bei Baumaßnahmen der Zuwendungszweck regelmäßig bereits erfüllt, wenn der Bau in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann. Die Zuwendung gilt auch dann für den bei der Bewilligung bestimmten Zweck verwendet, wenn ein Sicherheitseinbehalt zur Durchsetzung von Gewährleistungsansprüchen noch nicht an den Rechnungssteller gezahlt wurde. Kann innerhalb dieser Frist eine Maßnahme nicht abgerechnet werden, so ist ein vorläufiger Verwendungsnachweis zu erstellen. Die danach anfallenden Ausgaben sind gesondert nachzuweisen, sofern die Schlussrate auf Grund des vorläufigen Verwendungsnachweises nicht oder nur unter Vorbehalt ausbezahlt wurde.

Der Nachweis kann auch auf elektronischem Weg erfolgen, wenn die in den nachfolgenden Punkten geforderten Angaben enthalten sind.

- 8.2 Für den Nachweis ist das Formblatt Verwendungsnachweis des Kulturraumes Vogtland-Zwickau zu verwenden (Download unter [www.kulturraum-vogtland-zwickau.de](http://www.kulturraum-vogtland-zwickau.de)).
- 8.3 Ein **vollständiger** Verwendungsnachweis besteht aus:
- 8.3.1 einem aussagekräftigen Sachbericht, in dem über die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis einzugehen ist. Weiterhin sind darin inhaltliche und finanzielle Abweichungen darzustellen und zu begründen.
- 8.3.2 einem zahlenmäßigen Nachweis, in welchem alle Einnahmen und Ausgaben voneinander getrennt entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans summarisch auszuweisen sind.
- 8.3.3 einer als Anlage beizufügenden Einzelauflistung aller Einnahmen und Ausgaben in zeitlicher Folge voneinander getrennt entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans, aus der
- Rechnungs- und Zahlungsdatum,
  - Empfänger/Einzahler sowie
  - Grund und Einzelbetrag jeder Zahlung
- ersichtlich sind.
- Soweit der Zuwendungsempfänger die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes hat, dürfen nur die Ausgaben/Entgelte (Preise ohne Umsatzsteuer) berücksichtigt werden. Gewährte Skonti sind zwingend in Anspruch zu nehmen (Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit) und bei der Abrechnung entsprechend in Abzug zu bringen.
- 8.3.4 einem Nachweis zur Publizitätspflicht (Fördervermerk) entsprechend Nummer 7.
- 8.3.5 den Originalbelegen (Einnahme- und Ausgabebelege, Kontoauszüge) über die Einzelzahlungen, die Verträge und Unterlagen über die Vergabe von Aufträgen.  
Die Belege müssen die im Geschäftsverkehr üblichen Angaben und Anlagen enthalten, die Ausgabebelege insbesondere den Zahlungsempfänger, Grund und Rechnungs- und Zahlungsdatum, den Zahlungsbeweis und bei Gegenständen den Verwendungszweck. Außerdem müssen die Belege ein **eindeutiges Zuordnungsmerkmal zu dem Projekt** enthalten.  
Im Rahmen der vollständigen Verwendungsnachweisprüfung können auch Kopien der Originalbelege akzeptiert werden.
- 8.4 Sofern ein **einfacher Verwendungsnachweis** zugelassen ist, besteht dieser aus einem aussagekräftigen Sachbericht (siehe 8.3.1) und einem zahlenmäßigen Nachweis (siehe 8.3.2), jedoch ohne Vorlage von Belegen. Weiterhin ist der Nachweis der Publizitätspflicht (Fördervermerk – siehe 8.3.4) beizubringen.
- 8.5 Im Verwendungsnachweis ist zu bestätigen, dass die Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt angefallen sind, dass die Ausgaben im Rahmen einer wirtschaftlichen und sparsamen Verwendung notwendig waren und die Angaben mit den Büchern und mit den Belegen übereinstimmen. Bei Vorsteuerabzugsberechtigung sind die betreffenden Ausgaben in Netto anzugeben. Mit Unterschrift des Verwendungsnachweises wird die Vollständigkeit und Richtigkeit der gemachten Angaben erklärt.
- 8.6 Der Zuwendungsempfänger hat die in Nummer 8.3.5 genannten Belege und Verträge sowie alle sonst mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen fünf Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren, sofern nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften oder aufgrund der Zweckbindungsfrist eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist. Zur Aufbewahrung können auch Bild- und Datenträger verwendet werden. Das Aufnahme- und Wiedergabeverfahren muss den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung oder einer in der öffentlichen Verwaltung allgemein zugelassenen Regelung entsprechen.

## 9 Prüfung der Verwendung

- 9.1 Der Kulturraum Vogtland-Zwickau, das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus und der Sächsische Rechnungshof sind berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern und einzusehen (bei elektronischer Dokumentenführung und /oder Aufbewahrung auch die entsprechenden Datenverarbeitungssysteme und Dokumentationen) sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

- 9.2 Der Kulturraum Vogtland-Zwickau bzw. der von ihm Beauftragte kann – soweit in Betracht kommend – eine begleitende und abschließende Erfolgskontrolle durchführen.

## **10 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung**

- 10.1 Die Zuwendung ist zu erstatten, soweit ein Zuwendungsbescheid nach Verwaltungsverfahrensrecht (§§ 43, 44, 48, 49 VwVfG) oder anderen Rechtsvorschriften mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen oder sonst unwirksam wird.
- 10.2 Nummer 10.1 gilt insbesondere, wenn
- 10.2.1 eine auflösende Bedingung eingetreten ist
- 10.2.2 die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist,
- 10.2.3 die Zuwendung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet worden ist.
- 10.3 Ein Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit kann auch in Betracht kommen, soweit der Zuwendungsempfänger
- 10.3.1 die Zuwendung nicht alsbald (vergleiche Nummer 1.4 Satz 2) nach der Auszahlung für fällige Zahlungen verwendet oder
- 10.3.2 Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer festgesetzten Frist erfüllt, insbesondere den vorgeschriebenen Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig vorlegt sowie Mitteilungspflichten (Nummer 2) nicht rechtzeitig nachkommt. Dies gilt auch dann, wenn ein Verfahren nach der Insolvenzordnung beantragt oder eröffnet wird oder der Kulturraum Vogtland-Zwickau sich den Widerruf im Zuwendungsbescheid ausdrücklich vorbehalten hat.
- 10.4 Der Erstattungsbetrag ist nach Maßgabe des § 49a VwVfG, in der jeweils geltenden Fassung, jährlich zu verzinsen.
- 10.5 Werden Zuwendungen nicht alsbald (vergleiche Nummer 1.4 Satz 2 und Nummer 10.3.1) nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen, so werden regelmäßig für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen nach Maßgabe des § 49a Abs. 3 in Verbindung mit § 49a Abs. 4 VwVfG, in der jeweils geltenden Fassung, jährlich verlangt.